

Berliner Tageblatt

Nr. 484

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

und Handels-Zeitung

Mittwoch, 13. Oktober 1926

Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Fraktionsbesprechungen im Landtag.

Parteien und Hohenzollern-Vergleich.

Morgens Besprechung der Regierungsparteien über die Frage einer eventuellen Regierungsumbildung.

In den Wandelhallen des preussischen Landtags war heute mittag naturgemäß der Skandal, der sich gestern nachmittag abend abgespielt hat, Gegenstand eifriger Besprechungen und Gerüchte. Im übrigen wurde auch vielfach die Tatsache besprochen, daß die demokratischen Abgeordneten Professor Dr. Grepler-Barnum und Rektor Hermann-Breslau bei den namentlichen Abstimmungen gegen den Vergleichsvorschlag mit den Hohenzollern gestimmt haben. Wie wir hören, stehen die beiden Abgeordneten auf dem Standpunkt, daß sie auch bei voller Würdigung der schwierigen Lage und in der selbstverständlichen auch ein gestriges Verlangen zu haben. Darüber hinaus hat die demokratische Fraktion sich mit dem Vergleichsvorschlag in der vorliegenden Form gutfinden zu können. Außerdem mehrere andere Abgeordnete der demokratischen Fraktion, die sich im Laufe der Besprechungen, der Abstimmung nicht teilgenommen.

Die demokratische Fraktion ist heute früh einer Sitzung zusammengetreten, in der selbstverständlich auch ein gestriges Verlangen zu haben. Darüber hinaus hat die demokratische Fraktion sich mit dem Vergleichsvorschlag in der vorliegenden Form gutfinden zu können. Außerdem mehrere andere Abgeordnete der demokratischen Fraktion, die sich im Laufe der Besprechungen, der Abstimmung nicht teilgenommen.

Die sozialdemokratische Fraktion hielt heute vormittag vor der Plenarsitzung ebenfalls eine Besprechung ab. In der Besprechung wurde ebenfalls die Frage der Regierungsumbildung diskutiert. Die sozialdemokratische Fraktion ist heute früh einer Sitzung zusammengetreten, in der selbstverständlich auch ein gestriges Verlangen zu haben. Darüber hinaus hat die demokratische Fraktion sich mit dem Vergleichsvorschlag in der vorliegenden Form gutfinden zu können. Außerdem mehrere andere Abgeordnete der demokratischen Fraktion, die sich im Laufe der Besprechungen, der Abstimmung nicht teilgenommen.

Die Verwaltung des deutschen Eigentums in Amerika.

Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß. — Die Freigabe der Verträge.

(Funktelexogramm unseres Korrespondenten.)

Washington, 13. Oktober.

Mit dem ergebnislosen Ausgang des Daugherty-Prozesses in New-York ist das letzte Wort über die Skandale bei der Verwaltung des ehemals feindlichen Eigentums noch keineswegs gesprochen. Es waren kein gesetzlich festgelegte Gründe, die der Verurteilung Daughertys und Millers im Wege standen. Vor der öffentlichen Meinung sind die beiden Männer trotzdem moralisch verurteilt. Die Presse der Parteiführungen stimmt darin überein, daß der Prozeß eine hehre schmutzige Wäsche war. Es steht nun beim Senate, weitere Schritte zu tun und die beste Handhabung hierfür ist in dem während der vorigen Session gefassten Beschlusse gegeben. Ein Untersuchungsausschuß einzusetzen, der die ganze Verwaltung des feindlichen Eigentums seit Kriegsausbruch thematisieren soll. Senator Borah ist Vorsitzender dieses Ausschusses und hat in dieser Eigenschaft bereits angekündigt, daß Unregelmäßigkeiten dieser Verhältnisse nachdrücklich aufgedeckt werden sollen. Bei jeder Gelegenheit werden auch Daugherty und Miller nochmals vorgetragen werden. Die gefasste Abweisung der Klage der Regierung auf Annullierung des Verkaufs der deutschen heimischen Patente wird dann im selben Zusammenhang nochmals zur Sprache kommen. Borah hofft, daß durch die in aller Eile begonnene Untersuchung, die in aller Eile begonnen werden soll, die endgültige Regelung der deutschen Eigentumsfrage beschleunigt werden kann. Nach den ergebnissen der Beratungen in der vergangenen Session werden von der Regierung jetzt neue Aufstellungen gemacht, um einen endgültigen Beschluß über die Angelegenheiten der Abgeordneten Green abzugeben. Ob das in der kurzen Tagung dieses Winters, die von im März zu Ende geht, möglich sein wird, bleibt allerdings noch zweifelhaft.

Der Kampf gegen Bilsudis Finanzminister.

(Telegraphisches Korrespondenten.)

Paris, 13. Oktober.

Bei dem Kampf gegen den Finanzminister Bilsudis hat die Reichspresse sich bereits zur Fälligkeit von Dokumenten verhalten. Ein neues Rechtserkenntnis veröffentlicht gestern einen Brief des neu ernannten Direktors des parisiens für den Geldmarkt, Dr. Bilsudis, den das Blatt als den der nächsten Besprechung im Finanzministerium bezeichnet. Bilsudis forderte angeblich seine Entlassung, weil die Situation immer mehr verwickelt und die Arbeit gegenüber der Bevölkerung unermesslich sei. Heute teilt Dr. Bilsudis mit, daß er einen Brief mit diesem Inhalt nicht annehmen wird. Er stellt fest, daß er keinerlei Momente habe, wonach die Situation demgemäß schlechter aufgeführt werden sollte, als vor einem oder zwei Monaten. Zum Schluß stellt er fest, daß alle die Gerüchte, die ihm angeboten worden seien, nicht den Tatsachen entsprechen. Desgleichen veröffentlicht der Zentralverband der Finanzbeamten angelegten Beamten einen offenen Brief, worin

gut unterrichteter Seite erfahren, ist man in der sozialdemokratischen Fraktion heute zu der Besprechung einer eventuellen Regierungsumbildung nicht mehr gekommen. Es wurden vielmehr lediglich die Vorgänge des gestrigen Tages besprochen. Die Sozialdemokratie wird wie wir weiter erfahren, im Landtag an ihrer Stellung, bei der Abstimmung über den Vergleichsvorschlag in der dritten Sitzung am Freitag Stimmhaltung zu üben, festhalten. Immerhin ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß in der sozialdemokratischen Fraktion ein Teil gegen den Vergleichsvorschlag stimmen wird; Fraktionszwang wird die Sozialdemokratie in dieser Frage nicht ausüben.

Es ist für morgen vormittag eine neue Sitzung der Landtagsfraktion der Sozialdemokraten anberaumt, in der die Frage der Umbildung der Regierung in Preußen auf der Tagesordnung steht. Jedoch ist es fraglich, ob die Sozialdemokraten morgen zur Behandlung dieser Frage kommen werden. In der sozialdemokratischen Fraktion steht man auf dem Standpunkt, daß die Behandlung einer eventuellen Regierungsumbildungsfrage nicht überstürzt werden sollte. Vermutlich wird also die sozialdemokratische Fraktion offiziell erst nach der Pause, die am Freitag dieser Woche beginnt und bis 3. November, dem Tage des Wiederzusammentritts auch des Reichstags dauert, zu der Frage der Regierungsumbildung Stellung nehmen. Jedoch ist die Sozialdemokratie bereit, im Falle, daß Minister Braun Verhandlungen in der Zwischenzeit einleiten sollte, Vertreter zu diesen Verhandlungen zu entsenden.

Wie wir weiter erfahren, hat nunmehr auf Grund der Initiative der Zentrumsfraktion des preussischen Landtags Ministerpräsident Braun die Vertreter der Regierungsparteien in Preußen (Zentrum, Zentrum und Sozialdemokraten) für morgen nachmittag zu einer Besprechung über die Frage der Regierungsumbildung eingeladen.

Die Hege der Reichsblätter gegen den jetzigen Finanzminister Scharf beurteilt wird. Die vom Finanzminister vorgeschlagenen Personalveränderungen sind bereits vom Staatspräsidenten unterzeichnet worden. Die Demission des Präsidenten der Landwirtschaftsbank, Stegowski, wurde nicht angenommen. In Polen wird demnächst ein Regierungs-Kommissar ernannt werden. Er wird mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet werden und kein Verfassungsinstitut antreten.

Poincaré im Elsaß.

Der Ministerpräsident gegen die Räumung des Saargebietes. (Telegraphisches Korrespondenten.)

Paris, 13. Oktober.

Poincaré hat in Straßburg vor seiner Abreise nach Colmar verschiedene Persönlichkeiten empfangen. Er hatte zunächst eine lange Unterredung mit dem Straßburger Erzbischof und dem Vorsitzenden der Liga der elsaßischen Katholiken. Ferner empfing der Ministerpräsident die Senatoren und Abgeordneten des Niederrheins sowie Vertreter der evangelischen, katholischen und jüdischen Kirche. Mit dem Vorsitzenden der Gerichte präsierte Poincaré die Spracheröffnung bei den Unterredungen und Gerichtsdebatten. Des weiteren hatte der Ministerpräsident Unterredungen mit dem Vorsitzenden der Straßburger Handelskammer, dem Hafeninspektor, einer Beamtendelegation und Vertretern der Handelsverbände. Der Ministerpräsident versprach, alle Anregungen zu prüfen.

Den Vertretern der Handelsverbände erklärte Poincaré auf eine Frage, daß für den Augenblick von keiner Veränderung des wirtschaftlichen Status des Saargebietes die Rede sein könne. Die in der deutschen Presse verbreiteten Gerüchte von einer Räumung des Saargebietes seien unzutreffend. Die Regierung habe nicht die Absicht, das Saargebiet vor dem festgesetzten Termin aufzugeben.

Aus weiteren Erklärungen, die der Ministerpräsident den verschiedenen Besuchern gegenüber gemacht hat, geht hervor, daß bei den Bestrebungen der an der autonomistischen Bewegung beteiligten Personen für leichte Vergehen Nachsicht geübt wird, während die Bestrebungen für die schwereren Vergehen unverändert bleiben sollen.

Die Unterhaltung Krassin-Chamberlain.

(Telegraphisches Korrespondenten.)

London, 13. Oktober.

Wie hier verlautet, hat die gestrige Unterredung zwischen Chamberlain und Krassin natürlich zu keinen konkreten Resultaten geführt. Krassin soll der Hoffnung Ausdruck verliehen haben, daß es möglich sein werde, eine Verbesserung der eng-russischen Beziehungen anzuknüpfen zu bringen, und daß England Kosten gewisse Handelskredit gewähren würde. Die dann englisch-russischen Handelsgüter kommen sollten. Chamberlain soll hierauf Krassin erwidert haben, daß er bereits seinem Vorgänger Ratowski erklärt habe, daß die antirussische Propaganda der Sowjetregierung natürlich nicht dazu beitrage, die von der Sowjetregierung gewünschte Verbesserung der gegenwärtigen Beziehungen zu erleichtern.

Die Deutschen in der Tschechoslowakei.

Von

Maximilian Müller-Jabusch.

Gestern hat sich in Prag ein Ereignis vollzogen, das zwar schon seit einigen Monaten vorbereitet wurde, das aber jetzt, da es Wirklichkeit geworden ist, doch noch überraschend wirkt. Das Beamtenkabinett Gerny ist zurückgetreten, der Abgeordnete Svoboda, der früher schon einmal Ministerpräsident war, hat das neue Ministerium gebildet und von den Ministern des neuen Kabinetts sind zwei, der Arbeitsminister Dr. Spina und der Justizminister Dr. Mayer-Karling, Vertreter deutscher Parteien. Zum ersten Male beteiligten sich die Deutschen in der Tschechoslowakei an der Regierung des Landes, der sie bis vor wenigen Monaten schroff ablehnend gegenüberstanden. Das ist ein Ereignis, das in der Geschichte des jungen Staates epochemachende Bedeutung hat.

Die bisherige Haltung der Deutschen ist nur zu verständlich. Die Tschechoslowakei ist entstanden mit einer Unwahrscheinlichkeit, sie hat das Recht auf ihre Existenz aus dem Selbstbestimmungsrecht der Völker abgeleitet — und niemand hätte das dem tschechischen Volk nach dem Zusammenbruch des Habsburgerreiches verneint —, aber sie ist kein Nationalstaat, sondern ein Nationalitätenstaat, und kaum ein Volk hat das Selbstbestimmungsrecht der Völker so mißhandelt wie das Staatsvolk der Tschechoslowakei, die Tschechen. Selbst die Slowaken, die man vollständig zu assimilierten sich bemüht, sind nicht ganz glücklich über die Behandlung, die ihnen die Tschechen angedeihen lassen. Viel schlimmer aber ist die Behandlung, die die Deutschen in der Tschechoslowakei erdulden mußten. Im Norden, im Westen und im Süden bildet die deutsche Bevölkerung einen geschlossenen besiedelten Halbkreis über das tschechische Sprachgebiet, der bis 70 Kilometer breit ist. Das Gebiet umfaßt 16.000 Quadratkilometer (es gibt kleinere Länder in Europa). Daneben gibt es ansehnliche deutsche Sprachinseln und verstreute Minderheiten. Selbst nach der offiziellen Volkszählung von 1921 lebten in der Tschechoslowakei unter einer Gesamtbevölkerung von 3.638.772 weniger als 812.448 Deutsche. Das sind 22,36 Prozent. Aber diese Zählung ist aus mancherlei Gründen anfechtbar. Aus den bei den Wahlen 1920 abgegebenen Stimmen kann man auf 9,9 Millionen schätzen, denn hier ist die Prozentzahl der deutschen Stimmen 25,58 Prozent.

Es würde zu weit führen, wollte man alles das aufzählen, was das herrschende Staatsvolk im Kampfe gegen das Deutschum getan hat, und es wäre nur alle Mühen wieder aufzuheben in einem für eine grundsätzliche Wandlung dieser Dinge bedeutenden Zeitpunkt. Aber wenn jetzt eine Brücke über die Kluft geschlagen werden soll, die bisher Tschechen und Deutschen trennte, dann haben die Deutschen eine sehr ernste Rechnung vorzulegen, die erst anerkannt werden muß. Zugegeben, daß auch die Tschechen manches fordern werden, aber die deutsche Rechnung ist größer. Die Deutschen werden nicht Wucherzinsen fordern, aber bereinigt müssen diese Forderungen werden, wenn die beiden Parteien in dem Hause, in dem sie nun einmal wohnen, sich friedlich und friedlich einrichten wollen. Mit Wahlkreisgeometrie und mit dem peinlichen Soldatenwahlrecht hat man die Wahlen zu trüben versucht. Alle Schätzungen der Verwaltung sind gegen die Deutschen angewandt worden. Die Währungsfinanzierung wurde benutzt, um die deutsche Industrie zu schwächen. Die Kriegsanleihe, die in der Hauptsache von den Deutschen gezeichnet war, sollte zunächst nicht anerkannt werden und wurde dann nur in einer Form anerkannt, die die Tschechen schädigte. Ein an Entgegnung grenzender Bodenreformgesetz wurde beschaffen und seine Durchführung von dem souveränen Bodenamt zu einer vielfachen Ausbeutung von Tschechen in deutschem Gebiet benutzt; die Presse wurde schikaniert, gegen die deutschen Zeitungen, deutsch geschriebene, aber tschechisch eingestellte Blätter gegründet. Schlimmer noch ist das, was man der deutschen Schule angetan hat. Bis zum Herbst 1923 hatte man 2.000 deutsche Schulklassen eingehen lassen! Bereits 1920 aber hatten sich die tschechischen Schulen um 12,9 Prozent vermehrt, denn überall dort, wo man durch Verheerungen und durch „Bodenreform“ tschechische Minderheiten geschaffen hatte, gründete man auch tschechische Schulen. Der Waleiser Professor Daffinger, der ein ausgezeichnetes Buch über die Tschechoslowakei geschrieben hat, hat das Programm dieser Politik auf folgende Formeln gebracht: 1. Verminderung der Zahl der ihrer Nationalität Bewußten; 2. Verminderung der politischen Rechte der ihrer Nationalität Bewußten; 3. Zerperlung der geschlossenen Wohngebiete der Nationalitäten; 4. Wirtschaftliche Begünstigung des Staatsvolkes auf Kosten der Minderheiten; 5. Entgüterung der Minderheiten. Darin ist alles enthalten!

In diesem Augenblick das alles zu verschweigen, wäre verfehlt, denn die Aufgabe, die die neuen deutschen Minister auf sich genommen haben, kann in ihrer ganzen Schwere nur gewürdigt werden, wenn man weiß, was alles geschehen ist. Und um so mehr muß ihr Mut hervorgerufen werden, den der Entschluß zur Übernahme des Amtes bedeutet. Aber auch auf der anderen Seite ist der Mut groß, denn die Bildung des neuen Kabinetts zweifelt nicht an der Wichtigkeit der Aufgaben, die es bedeuten. Niemand wird den Tschechen die Loyalität bestreiten. Sie sind jahe, lebendig, leicht bemüht, ihre Loyalität beweisen, arbeiten und tüchtig, aber ihre Entente Freunde haben